

Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft

Begründet von
F. von Liszt und W. Kaskel

Herausgegeben von
H. Albach · E. Helmstädter · H. Honsell
P. Lerche · D. Nörr

Abteilung Rechtswissenschaft

Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

Reiner Schmidt (Hrsg.)

Öffentliches Wirtschaftsrecht

Besonderer Teil 1



Springer

Professor Dr. jur. Reiner Schmidt
Universität Augsburg
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
Wirtschaftsverwaltungsrecht und Umweltrecht
Universitätsstraße 2
D-86135 Augsburg

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft / begr. von F. von Liszt u. W. Kaskel. Hrsg. von H. Albach ... - Berlin ; Heidelberg ; New York ; Barcelona ; Budapest ; Hong Kong ; London ; Mailand ; Paris ; Tokyo : Springer.

Teilw. hrsg. von W. Kunkel ... - Teilw. hrsg. von P. Lerche ; D. Nörr. - Teilw. Nachdr. d. von E. Kohlrausch ... hrsg. Bd.

Abteilung Rechtswissenschaft.

NE: Liszt, Franz von [Begr.]; Albach, Horst [Hrsg.]; Lerche, Peter [Hrsg.]; Kunkel, Wolfgang [Hrsg.]; Kohlrausch, Eduard [Hrsg.]

Schmidt, Reiner: Öffentliches Wirtschaftsrecht.

Besonderer Teil.

I (1995)

ISBN 978-3-642-63351-5

ISBN 978-3-642-57773-4 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-642-57773-4

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendungen, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der Fassung vom 24. Juni 1985 zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 1995

Ursprünglich erschienen bei Springer-Verlag Berlin Heidelberg New York 1995

Softcover reprint of the hardcover 1st edition

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, daß solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürfen.

64/2202-5 4 3 2 1 0 - Gedruckt auf säurefreiem Papier

Vorwort

Fünf Jahre nach Erscheinen des Allgemeinen Teils meines Öffentlichen Wirtschaftsrechts kann nunmehr der erste Teilband des Besonderen Teils vorgelegt werden; in Kürze wird der zweite Teilband folgen.

Die besondere Flüchtigkeit des öffentlichen Wirtschaftsrechts und dessen inzwischen weit fortgeschrittener Spezialisierungsgrad ließen den Versuch als aussichtslos erscheinen, die Materie allein bändigen zu wollen. Aber auch nach Gewinnung hervorragender Fachkenner für die einzelnen Gebiete zeigten sich vor allem wegen eines überaktiven Gesetzgebers erhebliche Schwierigkeiten. So mußte beispielsweise der Plan aufgegeben werden, die Versicherungswirtschaft einzubeziehen. Allzu ungesichert erwies sich hier die Gesetzeslage, um mehr als eine kurze Momentaufnahme bieten zu können. Dem bereits verpflichteten Autor und dem Herausgeber schien es deshalb angeraten, zunächst eine Beruhigung der Entwicklung abzuwarten.

Die Umbruchsituation des öffentlichen Wirtschaftsrechts wird mit den Begriffen Ökonomisierung, Ökologisierung und Europäisierung schlagwortartig erfaßt.

Insbesondere der Begriff der „Ökonomisierung“ bedarf näherer Erläuterung, denn das öffentliche Wirtschaftsrecht befaßt sich schließlich seinem Gegenstand nach mit der Tätigkeit des Wirtschaftens. Diese erstreckt sich aber heute auf Bereiche, die bisher vornehmlich unter sicherheitsrechtlichen oder sonstigen, jedenfalls nicht ökonomischen Aspekten betrachtet wurden. Das gilt beispielsweise für die Abfallentsorgung, das Kommunikationswesen und das gesamte Stoffrecht. Der Staat kann sich hier nicht mehr auf seine Überwachungsfunktion beschränken, etwa auf die Kontrolle der Einhaltung lebensmittelrechtlicher Vorschriften, sondern er muß angemessene Lösungen zur Verteilung staatlicher und privater Wirtschaftsinteressen finden. Während so dem öffentlichen Wirtschaftsrecht Materien zuwachsen, die bisher nicht als ökonomische angesehen wurden, bröckeln gleichzeitig Gebiete ab, die zunehmend von anderen Prinzipien als denen des Wirtschaftens geprägt werden. Man denke etwa an das Immissionsschutzrecht, ursprünglich dem Gewerberecht im weitesten Sinne zurechenbar, inzwischen aber wegen seiner eindeutigen Zweckbestimmung in § 1 BImSchG höchstens subsidiär dem Schutz des Anlagenbetreibers dienend. Die Aufnahme dieser Materie in ein „Öffentliches Wirtschaftsrecht“ rechtfertigt sich aber wegen der Minderung der volkswirtschaftlichen Kosten in Höhe

Vorwort

von 11,2 bis 18 Mrd. DM jährlich durch Einsatz des im Bundesimmissionsschutzgesetz bereitgestellten Instrumentariums, wegen des dort verwendeten und diskutierten ökonomischen Instrumentariums (z.B. Sonderabschreibungen, Umweltafgaben, Umweltzertifikate) und schließlich wegen des für das gesamte Rechtsgebiet des öffentlichen Wirtschaftsrechts geschaffenen beispielhaften Experimentierfelds für informales Verwaltungshandeln (vgl. Schulze-Fielitz in diesem Band).

Welche Bedeutung der Schutz der Umwelt für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung insgesamt gewinnt, zeigt sich nicht nur in der Separierung und am Entstehen neuer Rechtsbereiche. Der Umweltschutz wirkt auch unmittelbar und verstärkt in die klassischen Gebiete des öffentlichen Wirtschaftsrechts ein. Beispiele hierfür sind das Subventionsrecht mit einer breiten Skala direkter und indirekter Umweltschutzsubventionen und das Energierecht, das auf die Energieersparnis und die Nutzung alternativer Energien ausgerichtet wurde. Schließlich läßt sich am Recht des Bergbaus zeigen, daß dessen Zielbestimmung (§ 1 Nr. 3 BBergG) „bereits auf breiter Basis Umweltgesichtspunkte als relevant hervorhebt“ (Tettinger in diesem Band) und daß durch konkrete Postulate wie die nach Wiedernutzbarmachung der Erdoberfläche oder nach ordnungsgemäßer Abfallentsorgung ebenso wie durch die Generalklausel der überwiegenden öffentlichen Interessen Umweltaspekte einbezogen werden.

Die dramatischsten Veränderungen des öffentlichen Wirtschaftsrechts sind durch die europäische Integration bedingt. Während im Beitrag über das Gewerberecht von Frotzner das Recht der Europäischen Union wegen des Gleichklangs des Prinzips der Gewerbefreiheit mit den Grundfreiheiten des EG-Vertrags nicht einbezogen werden mußte, tauchen bereits bei Behandlung des Gewerbenebenrechts durch Czybulka Grundsatzfragen auf. Das Prinzip des freien Dienstleistungsverkehrs (Art. 59 ff. EGV) läßt sich nur schwer mit der Meisterprüfung, wie sie sich nur im deutschen und luxemburgischen Recht findet, in Einklang bringen. Sie konnte entgegen der allgemeinen Liberalisierungstendenz des Vertrags nur durch Einfügung der Sonderregel des Art. 57 Abs. 2 Satz 2 EGV gerettet werden, wobei gleichzeitig die Gefahr der Inländerdiskriminierung entsteht.

Im Bundesimmissionsschutzrecht wurde eine gemeinschaftsrechtliche Figur, die Rechtsidee des „bestmöglichen Umweltschutzes“ zum Leitbild. Wie Schulze-Fielitz zeigt, beruhen außerdem zahlreiche Änderungen dieses Gesetzes bzw. der auf ihm beruhenden Verordnungen auf europäischen Impulsen, werden sowohl verfahrens- und anlagenbezogene Regelungen wie auch materielle rechtliche Inhalte, beispielsweise Luftqualitätswerte, vorgegeben. Die Umweltrichtlinien der Europäischen Union sind nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs vielfach auch ohne einzelstaatliche Umsetzungsakte unmittelbar anwendbar.

Nicht weniger intensiv europarechtlich durchdrungen ist das Subventionswesen. Auch hier finden sich Regelungen unterschiedlichsten Intensitätsgrades. Am weitesten geht die Konstitutierung einer „europäischen Subventionsgemeinschaft“ (Haverkate in diesem Band) im Agrarbereich, in dem die Marktfreiheit weitgehend

Vorwort

beseitigt wurde. Mit der Uminterpretation der an sich durch den Vertrag über die Montanunion verbotenen mitgliedstaatlichen Kohle- und Stahlsубventionen (Art. 4c EGKSV) in Beihilfen der Gemeinschaft selbst, der Gründung von hochdotierten Gemeinschaftsfonds und dem im Vertrag (Art. 92 EGV) grundsätzlich vorgesehenem Subventionsverbot wurde ein gemeinschaftsrechtliches Subventionsregime errichtet, das nicht nur die gewachsenen und ausgefeilten mitgliedstaatlichen Vertrauensgrundsätze für die Aufhebung begünstigender Verwaltungsakte aushebelt bzw. modifiziert, sondern es wurde ein gigantischer Umverteilungsprozeß in Gang gebracht. Während das europäische Subventionswesen stark dirigistisch geprägt ist, wird der Bankenbereich von einer deutlichen europäischen Liberalisierungslinie bestimmt. So wird die Wahl des Bankensystems (Universal- oder Trennbankensystem) den Mitgliedstaaten selbst überlassen. Geschäfte mit Geld- und Kapitalmarktinstrumenten, grenzüberschreitende Kredite und bankübliche Geschäfte wurden durch die vierte Kapitalverkehrsliberalisierungsrichtlinie erleichtert. Im Beitrag von Gramlich wird deutlich, wie stark das Kreditwesengesetz auch zur Umsetzung anderer EG-Vorgaben eingesetzt werden mußte. Details der Bilanzierung und der Behandlung von Großkrediten werden ebenso in Brüssel bestimmt, wie die Reichweite des Gesetzes selbst, das erstmals auf Nichtbanken, auf sog. „Finanzholding-Gesellschaften“ erstreckt wurde. Der europäische Bankenbinnenmarkt bringt selbst das gehätschelte deutsche Landesbanken- und Sparkassenwesen unter Druck und schließlich wurde vom Europäischen Gerichtshof das vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen so häufig gebrauchte und beliebte, demokratisch aber bedenkliche Instrument der „Grundsätze“ rechtsstaatlich domestiziert.

Während die Rechtsregeln der Europäischen Union im Bereich der Banken im wesentlichen bekanntes Terrain bestellen, stellt sich die Lage des öffentlichen Wirtschaftsrechts der Kommunikation und der Medien völlig anders dar. Hier ist schon fraglich, ob trotz der neuen und ausdrücklichen kulturpolitischen Kompetenz der Europäischen Union die allgemeinen Vorschriften zur Freiheit des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Niederlassung für den grenzüberschreitenden Rundfunk überhaupt anwendbar sind. Im Beitrag von Hoffmann-Riem werden über bekannte Rechtsfragen weit hinausgehend Grundsätze zur wirtschaftsrechtlichen Erfassung von Medienunternehmen entwickelt, die sich am mitgliedstaatlichen Allgemeininteresse an der Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen pluralistischen Rundfunkordnung orientieren. Dies gilt beispielsweise für das Problem der Geltung von Wettbewerbs- und Beihilferegeln der Europäischen Union für Medienunternehmen. Europarechtlich kaum weniger brisant ist der von Tettinger behandelte Binnenmarkt für Energie. Mit den Zielen der Preistransparenz, des freien Transits von Elektrizitätslieferungen und von Erdgas bei höchst unterschiedlichen nationalen Versorgungsstrukturen unter gleichzeitiger Belassung des energiepolitischen Kompetenzarsenals bei den Mitgliedstaaten wurde der Versuch einer Quadratur des Kreises gewagt. Die Schaffung eines Raums ohne Binnengrenzen, der Auf- und Ausbau europäischer Netze im Verkehrs-, Telekommunikations- und

Vorwort

Energiebereich hat bereits eine weitgehende Strukturverschiebung des öffentlichen Wirtschaftsrechts zur Folge.

Insgesamt zeigen die Beiträge dieses Bandes die ungebrochene Dynamik des besonderen Wirtschaftsverwaltungsrechts. Die mit dem europäischen Einigungsprozeß verbundene unaufhaltsame Harmonisierungstendenz konnte bisher die Renaissance separierter Rechtsentwicklungen nicht verhindern. Dies ist sicherlich auch Folge der jeweils wahrgenommenen unterschiedlichen Verwaltungsaufgaben.

Vereinfachung und Vereinheitlichung sind gewiß die zentrale Aufgabe verwaltungsrechtlicher Dogmatik, andererseits fordern die Eigenheiten der in diesem Band versammelten unterschiedlichen Regelungsbereiche differenzierte Lösungen. Die gegensätzlichen Leitgedanken einzelner Rechtsgebiete des öffentlichen Wirtschaftsrechts setzen jeder dogmatischen Einebnung Grenzen.

Die redaktionellen Arbeiten wurden von meinem ehemaligen Mitarbeiter Herrn Dr. Andreas Voßkuhle und nach dessen Ausscheiden von meinem Mitarbeiter Herrn Assessor Lars Diederichsen geleitet. Beide wurden unterstützt von Frau Bettina Weiß, Herrn Armin Englisch und Herrn Rechtsreferendar Jörg Waiblinger. Ihnen allen sei auch an dieser Stelle für ihre umsichtige und sorgfältige Mitwirkung herzlich gedankt.

Augsburg, im Juni 1995

Reiner Schmidt

Inhaltsübersicht

Besonderer Teil 1

Mitarbeiterverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XV
§ 1 Gewerberecht	
Prof. Dr. Werner Frotscher, Marburg	1
§ 2 Gewerbenebenrecht: Handwerksrecht und Gaststättenrecht	
Prof. Dr. Detlef Czybulka, Rostock	111
§ 3 Recht des Immissionsschutzes	
Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Würzburg	219
§ 4 Subventionsrecht	
Prof. Dr. Görg Haverkate, Heidelberg	331
§ 5 Recht der Bankwirtschaft	
Prof. Dr. Ludwig Gramlich, Chemnitz-Zwickau	421
§ 6 Öffentliches Wirtschaftsrecht der Kommunikation und der Medien	
Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, Hamburg	563
§ 7 Recht der Energiewirtschaft	
Prof. Dr. Peter J. Tettinger, Bochum	691
§ 8 Recht des Bergbaus	
Prof. Dr. Peter J. Tettinger, Bochum	745
Sachverzeichnis	767

Inhaltsübersicht

Besonderer Teil 2

Mitarbeiterverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

§ 9 Recht der freien Berufe

Prof. Dr. Rainer Pitschas, Speyer

§ 10 Recht der Verkehrswirtschaft

Prof. Dr. Udo Steiner, Regensburg

§ 11 Recht der Landwirtschaft

Dr. Reinhard Priebe, Brüssel

§ 12 Lebensmittelrecht

Prof. Dr. Friedhelm Hufen, Mainz

§ 13 Recht der Abfallwirtschaft

Prof. Dr. Franz-Joseph Peine, Berlin

§ 14 Außenwirtschaftsrecht

Prof. Dr. Brun-Otto Bryde, Gießen

§ 15 Das Internationale Recht für den Austausch von Waren und Dienstleistungen

Prof. Dr. Rüdiger Wolfrum, Heidelberg

Gesamtsachverzeichnis des Besonderen Teils 1 und 2

Mitarbeiterverzeichnis

Besonderer Teil 1

Professor Dr. Detlev **Czybulka**
Universität Rostock
Juristische Fakultät
Lehrstuhl für Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht, Verwaltungslehre, Staats- und Finanzrecht
Richard-Wagner-Straße 31
18 119 Rostock-Warnemünde

Professor Dr. Werner **Frotscher**
Philipps-Universität Marburg
Institut für Öffentliches Recht
Universitätsstr. 6
35 037 Marburg

Professor Dr. Ludwig **Gramlich**
Technische Universität Chemnitz-Zwickau
Lehrstuhl für Öffentliches Recht und
Öffentliches Wirtschaftsrecht
Reichenhainer Str. 39
09 107 Chemnitz

Professor Dr. Görg **Haverkate**
Universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 3
69 117 Heidelberg

Professor Dr. Wolfgang **Hoffmann-Riem**
Hans-Bredow-Institut
Heimhuderstraße 21
20 148 Hamburg

Mitarbeiterverzeichnis

Professor Dr. Helmuth **Schulze-Fielitz**
Universität Würzburg
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
Umweltrecht und Verwaltungswissenschaften
Domerschulstraße 16
97 070 Würzburg

Professor Dr. Peter J. **Tettinger**
Ruhr-Universität Bochum
Juristische Fakultät
Universitätsstraße 150
44 801 Bochum

Besonderer Teil 2

Professor Dr. Brun-Otto **Bryde**
Justus-Liebig-Universität Gießen
Fachbereich Rechtswissenschaften
Hein-Heckroth-Straße 5
35 390 Gießen

Professor Dr. Friedhelm **Hufen**
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
Staats- und Verwaltungsrecht
55 099 Mainz

Professor Dr. Franz-Joseph **Peine**
Freie Universität Berlin
Fachbereich Rechtswissenschaft
Boltzmannstraße 3
14 195 Berlin

Professor Dr. Rainer **Pitschas**
Hochschule für Verwaltungswissenschaften
Postfach 14 09
67 346 Speyer

Mitarbeiterverzeichnis

Dr. Reinhard Priebe
Generaldirektion 6 der EG
Rue de la Loi 120, Büro 7/126
B-1049 Brüssel

Professor Dr. Udo Steiner
Universität Regensburg
Juristische Fakultät
Postfach 379
93 047 Regensburg

Professor Dr. Rüdiger Wolfrum
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches
Recht und Völkerrecht
Berliner Str. 48
69 120 Heidelberg

Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alter Fassung
AbfG	Abfallgesetz
ABG	Preußisches Allgemeines Berggesetz
ABIEG C	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe C. Mitteilungen und Bekanntmachungen
ABIEG L	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe L. Rechtsvorschriften
abw.	abweichend
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Die Aktiengesellschaft; Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AgrarR	Agrarrecht
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb
AJIL	The American Journal of International Law
AK	Alternativkommentar zum Grundgesetz
AKP	Staaten aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten
AMR	Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven
AnzV	Anzeigenverordnung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ApothekenG	Gesetz über das Apothekenwesen
ArbuSozPol	Arbeit und Sozialpolitik. Mitteilungsblatt des Arbeitsministers Nordrhein-Westfalen
ArchPF	Archiv für das Post- und Fernmeldewesen
ArchPT	Archiv für Post und Telegraphie
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

Abkürzungsverzeichnis

ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
AtG	Atomgesetz
AtVfV	Atomrechtliche Verfahrensverordnung
AuB	Arbeit und Beruf
AuslInvG	Gesetz über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen
AVB	Allgemeine Versorgungsbedingungen (Energiewirtschaft)
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
AZO	Arbeitszeitordnung
B.I.Z.	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAK	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
Bank	Die Bank
BAnz.	Bundesanzeiger
BAPostG	Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost
BAPT	Bundesamt für Post und Telekommunikation (Mainz)
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BauR	Baurecht
BauSpkG	Gesetz über Bausparkassen
BayGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BB	Der Betriebs-Berater
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
BBauBl.	Bundesbaublatt
BBergG	Bundesberggesetz
BBG	Bundesbeamten-gesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesvereinigung der Deutschen Industrie
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeitrAB	Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Beschl.	Beschluß
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch

Abkürzungsverzeichnis

BGBI. I, II, III	Bundesgesetzblatt, Teil I, Teil II, Teil III
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des BGH in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BHO	Bundshaushaltsordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
BISD	Basic Instruments and Selected Documents
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
BK	Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Bonner Kommentar)
BKartA	Bundeskartellamt
BLM	Bayerische Landeszentrale für neue Medien
BMPT	Bundesminister für Post und Telekommunikation
BMWi	Bundesminister für Wirtschaft
BMZ	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BPS	Bundesprüfstelle
BR	Bayerischer Rundfunk
BSG	Bundessozialgericht
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BTO	Bundestarifordnung
Btx	Bildschirmtext
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des BVerfG
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des BVerwG
BWVerwPr	Baden-Württembergische Verwaltungspraxis
BYIL	The British Yearbook of International Law
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
CahDrEur	Cahiers de droit européen
CMLR	Common Market Law Review
COCOM	Coordinating Committee for East/West Trade Policy
CR	Computer und Recht
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DB	Der Betrieb

Abkürzungsverzeichnis

DBP	Deutsche Bundespost
DBW	Die Betriebswirtschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGO	Deutsche Gemeindeordnung (vom 30.1.1935)
DGVR	Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V.
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung
DJT	Deutscher Juristentag
DLM	Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DuD	Datenschutz und Datensicherung
DV	Die Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E.L.R.	European Law Review
EA	Europa-Archiv
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
ECLR	European Competition Law Review
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFTA	European Free Trade Association
EFWZ	Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit
EG	Europäische Gemeinschaften
EG-FsRiL	EG-Fernsehrichtlinie
EGI	Europäisches Gewerkschaftsinstitut (Publikationsreihe)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

Abkürzungsverzeichnis

EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
EnSG	Energiesicherungsgesetz
EnWG	Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz)
epd	Evangelischer Pressedienst
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERP	European Recovery Program
EStG	Einkommensteuergesetz
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
et	Energiewirtschaftliche Tagesfragen
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVU	Energieversorgungsunternehmen
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Schriftenreihe zum europäischen Weinrecht; Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem; Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
FAG	Fernmeldeanlagenengesetz
FAO	Food and Agriculture Organization
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
FFG	Filmförderungsgesetz
FinArch, N.F.	Finanzarchiv, Neue Folge
FlugLG	Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm
FN	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau. Deutsches Steuerblatt
FS	Festschrift
FSF	Private Selbstkontrolle Fernsehen e. V.
FSK	Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft
FsRiL	Fernsehrichtlinie

Abkürzungsverzeichnis

FStrG	Bundesfernstraßengesetz
FuE (-Subventionen)	Förderung von Forschung und Entwicklung
FuR	Film und Recht
GA Res.	United Nations General Assembly Resolutions
GA	Generalversammlung der Vereinten Nationen
GastG	Gaststättengesetz
GastV	Gaststättenverordnung
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GBI.	Gesetzblatt
GenTG	Gentechnikgesetz
GewArch	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
GGK	Grundgesetz-Kommentar
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
GjS	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften
GMBI.	Gemeinsames Ministerialblatt
GmS OGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedächtnisschrift
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GwG	Geldwäschegesetz
GYIL	German Yearbook of International Law
GZS	Gesellschaft für Zahlungssysteme
GZT	Gemeinsamer Zolltarif
h.M.	herrschende Meinung
HAM	Hamburgische Anstalt für neue Medien
HandwFördG	Gesetz zur Förderung des Handwerks (DDR)
HandwO	Handwerksordnung
HAR	Handwörterbuch des Argarrechts
Harv. Int'l L.J.	Harvard International Law Journal
HdbDStR	Handbuch des Deutschen Staatsrechts
HdbStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdbVR	Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland

Abkürzungsverzeichnis

HDöB	Handwörterbuch der öffentlichen Betriebswirtschaft
HdUR	Handwörterbuch des Umweltrechts
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft
HER	Handbuch des europäischen Rechts (Loseblattsammlung)
HFW	Handbuch der Finanzwissenschaft
HGB	Handelsgesetzbuch
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
HWG	Heilmittelwerbegesetz
HypBankG	Hypothekendarlehenbankgesetz
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development („Weltbank“)
ICAO	International Civil Aviation Organization (Internationale Zivilluftfahrts-Organisation)
ICJ	International Court of Justice
ICJ Reports	International Court of Justice. Reports of Judgements, Advisory Opinions and Orders
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IDA	International Development Agency
IEA	Internationale Energie-Agentur
IEP	Internationales Energieprogramm
IFC	International Finance Corporation
IfW	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Schriftenreihe)
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHK	Industrie- und Handelskammer
ILA	International Law Association
ILM	International Legal Materials
ILO	International Labour Organization
IMF	International Monetary Fund (IWF)
Int'l. Lawyer	The International Lawyer
IO	International Organization
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
ITO	International Trade Organization
ITU	International Telecommunication Union
IUR	Informationsdienst Umweltrecht
IWF	Internationaler Währungsfonds
JA	Juristische Arbeitsblätter
JArbSchG	Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend
JbRSoz.	Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie